

Die Story im Ersten: „Mit Kindern Kasse machen – wenn Jugendhilfe zum Geschäft wird“ vom 23. Februar 2015

Transparenz gewährleisten

Der Westdeutsche Rundfunk beschreibt die Zielsetzung der ARD-Ausstrahlung darin, dass ihnen das Schicksal der Kinder und Jugendlichen in Not am Herzen liegt. Der Staat – so der WDR – zahlt zu Recht viel Geld, damit sie gut ins Leben kommen und ihre Traumata überwinden. Es wird aber sehr oft nicht ausreichend kontrolliert, ob es den Kindern und ihren Therapien zugutekommt. Die Eltern können – so der WDR – nicht kontrollieren, die Jugendämter sind überlastet, die Jugendlichen selbst werden oft nicht gehört. Der Presse kommt hier die wichtigste Aufgabe zu, Transparenz zu schaffen.

Dem Ziel der Transparenz fühlen sich die Erziehungshilfeschwerfächer BVkE und EREV verpflichtet. Der zur Debatte stehende Film dient über weite Strecken gerade nicht der Transparenz der realen Verhältnisse in den erzieherischen Hilfen. Die Vermengung von Vermutungen, Skandalisierungen und unbelegten Einzelbeispielen zeichnet ein falsches Bild.

Vielfalt der Hilfen berücksichtigen

Hierfür ist es notwendig, das gesamte Hilfespektrum darzustellen und sowohl Missstände als auch positive Hilfeverläufe zu beschreiben. Dieses war bei der Darstellung nicht der Fall. Weder Qualitätsstandards wie Beschwerdemanagement, Führungszeugnisse von Fachkräften, Fachkräftenachweis etc. wurden berücksichtigt, noch die Leistungs-, Qualitäts- und Entwicklungsvereinbarungen zwischen öffentlichen und freien Trägern hinzugezogen.

Skandalisierungen vermeiden

Skandalisierungen sind einfacher und Generalisierungen aus Einzelfällen populärer als die Lebenswirklichkeit der jungen Menschen und ihrer Familien mit den Um- und möglichen Irrwegen darzustellen.

Positive Hilfeverläufe darstellen

Die positiven weiteren Verläufe in den Einzeldarstellungen sind nur am Rande erwähnt worden. Dieses dient eben nicht dem Ziel der Unterstützung, sondern forciert die Skandalisierung und Dramatisierung, um Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit zu erregen.

1. Freie und öffentliche Träger der Kinder- und Jugendhilfe benötigen für ihre Arbeit eine differenzierte und wertschätzende Darstellung auch

in den öffentlichen Medien, damit die Kinder, Jugendlichen und ihre Familien erreicht werden können.

2. Partizipation und Beteiligungskonzepte, Beschwerde- und Ombudsstellen sowie Qualitätsentwicklungen und Weiterbildungen sollen den Hilfeprozess transparent gestalten. Das Ziel der Kinder- und Jugendhilfe ist die Entwicklung einer eigenständigen Persönlichkeit.
3. Fachlich qualifizierte Träger klagen die notwendige Kooperation mit dem Jugendamt selbst ein, organisieren die Elternarbeit und haben ein Beschwerdemanagement für die jungen Menschen. Die freien Träger treten seit Jahren für eine quantitativ und qualitativ ausreichend gute Ausstattung der öffentlichen Träger ein und fühlen sich mit diesen solidarisch.
4. Dubiose Anbieter, die möglicherweise nur kostengünstiger erscheinen, dürfen nicht belegt werden.
5. Ordnungsmaßnahmen wie der Entzug der Betriebserlaubnis oder strafrechtliche Verfolgung von Tatbeständen wie Hochstapelei müssen anlassbezogen konsequent umgesetzt werden.
6. Es wurde die Darstellung der in dem Film angesprochenen „guten“ Heime vermieden. (Sprechertext: *Aber erst ein Einrichtungswechsel bringt die Familie wieder näher zusammen. Mit dem Umzug der Mutter nach Süddeutschland kommen die Kinder in ein Heim in ihrer Nähe. Alle atmen auf. Die neue Wohngruppe versucht nicht, die Mutter-Kind-Beziehung zu unterwandern. Ganz im Gegenteil*). Dieses Heim findet in dem Filmbeitrag weiter keine Berücksichtigung. Für die öffentliche Diskussion ist es notwendig, solche positiv erlebten außerfamiliären Lebensorte und ihre Stärken sowie ihre Arbeitsweisen mit der notwendigen Ausstattung abzubilden.

Eine transparente Darstellung in der Öffentlichkeit mit dem Ziel, die jungen Menschen und ihre Familien zu unterstützen, erfordert es, Missstände aufzuzeigen und positive Verläufe von Hilfen zu skizzieren. Hierfür werden sich die Erziehungshilfeschwerfächer BVkE und EREV mit ihren Mitgliedseinrichtungen weiter einsetzen.

Freiburg und Hannover, 12.03 2015

Stephan Hiller, Geschäftsführer BVkE
Dr. Björn Hagen, Geschäftsführer EREV